

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Nr. 731.

Ein Abonnement auf diese täglich zwei Mal erscheinende Blätter kostet vierjährlich für das Geschäft Posen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Thlr. Wiederaufnahme nehmale Postkosten nach bestehendem Reichs- und

Montag, 19. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Ein Abonnement auf diese täglich zweimal erscheinende Zeitung kostet, wenn Reklame verhältnismäßig höher, und am Ende der Zeitung zu richten und werden für die am folgenden Tag: Morgen 1 Thlr. 24 Thlr. Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. Oktober. Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs den Prof. Dr. Holzmann zu Heidelberg zum ord. Prof. in der theol. Fakultät der Universität Straßburg ernannt.

Bei der Universität Straßburg sind ausgeschieden: der ord. Prof. in der jurist. und staatswissenschaftl. Fakultät Dr. Lexis, der König hat dem Präf. des Landger. in Koblenz, v. Breuning, den Charakter als Geh. Ober-Justiz-Rath mit dem Range eines Rathes zweier Klasse verliehen; und der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Dörr getroffenen Wahl gemäß, den bish. Bürgermeister Robert Stosch selbst als Bürgermeister der Stadt Dörr auf die fernere gesetzliche Amtsauer von zwölf Jahren und den Kaufmann Hermann Henner selbst als unbefohlene Beigeordneten dieser Stadt auf die gesetzliche Amtsauer von sechs Jahren bestätigt.

Der bish. Baumeister Ewald Momms zu Köslin ist zum 1. Landbaumeister ernannt und demselben die technische Hülfssarbeiterstelle bei der 1. Regierung dasselbe verliehen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 17. Oktober. Abends. Nach einer aus carlistischer Quelle stammenden Depesche aus Estella vom 16. d. hat der Präsident Don Carlos mit den Generälen Gómez und Mendizábal eine Konferenz gehabt. Derselbe hat den Herzog von Parma zum Obersten des ersten Castillischen Regiments, den Grafen Caserta zum Obersten der Artillerie und den Grafen Vare zum Kapitän bei der Kavallerie ernannt. — Die Nachrichten, daß mehrere carlistische Bataillone aus Biscaya das Verlangen nach Frieden kundgegeben und die weiße Fahne aufgestellt hätten, wird von carlistischer Seite demontirt.

Das „Mémorial diplomatique“ erfährt, die französischen Behörden hätten das spanische Schiff „Nieve“, das mit Waffen für die Carlisten von Antwerpen gekommen war, in der Bucht von Socoa mit Beschlag belegt und dem spanischen Konsul in Bayonne zur Disposition gestellt. — Das „Journal de Paris“ glaubt, daß demnächst die Versetzung der Präfekten von Pau und Nizza erfolgen werde; dieselben würden entsprechende Stellungen an anderen Orten erhalten.

— 18. Oktober, Mittags. Die gestrige Mittheilung des „Mémorial diplomatique“, daß die französischen Behörden das in die Socoa-Bucht eingelaufene spanische Schiff „Nieve“ mit Beschlag belegt und dem spanischen Konsul in Bayonne zur Disposition gestellt hätten, wird von der „Agence Havas“ als unrichtig bezeichnet. Die letztere teilt folgende nähere Angaben über diese Angelegenheit mit: Bald nachdem die „Nieve“, welche bei Cap Figueras fast unter den Augen der an der Küste kreuzenden spanischen Kriegsfahrzeuge Waffen für die Carlisten gelandet hatte, in den Hafen von Socoa eingelaufen war, traten dort der Maire von Irún und der spanische Konsul in Hendaye auf einem spanischen Kanonenboote ein und verlangten, daß ihnen das Schiff ausgeliefert werde. Der Hafenkapitän erklärte darauf, daß er zur Auslieferung nicht befugt sei und es dem spanischen Kanonenboote überlassen müsse, die „Nieve“ aufzubringen, wenn sie die französischen Gemässen verlassen habe. Von der spanischen Regierung ist bisher ein Antrag auf Auslieferung des Schiffes nicht gestellt worden und wird der ganzen Angelegenheit, wie die „Agence Havas“ bemerkt, hier überhaupt kein großes Gewicht beigelegt. — In Betreff der Maßregeln zur Überwachung der Pyrenäengrenze wird von der „Havas'schen Agentur“ mitgetheilt, daß vor Kurzem den französischen Behörden im Departement der Basses Pyrénées die Beobachtung einer älteren Instruktion von Neuem in Erinnerung gebracht sei, wonach allen spanischen Unterthanen, gleichviel, ob sie der Carlistischen oder der republikanischen Partei angehören, der Aufenthalt in acht bestimmten, der spanischen Grenze benachbarten Orten, zu untersagen ist. Ferner sei einer größeren Anzahl von Carlisten, deren Internirung in Gemäßigkeit der bestehenden Verträge der spanische Konsul verlangt hatte, der Aufenthalt im ganzen Grenzdepartement verboten.

Wie die „Agence Havas“ erfährt, hat der Unterpräfekt von Bayonne dem dortigen spanischen Konsul die Mittheilung zugehen lassen, daß er von seiner Regierung den Befehl erhalten habe, alle Carlisten, die sich auf dem ihm unterstellten Gebiete befinden, zu internieren.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht heute das Dekret, betreffend die durch die diplomatischen Konventionen zwischen Deutschland und Frankreich notwendig gewordenen Modifikationen in den Abgrenzungen der Diözesen.

Madrid, 17. Oktober. Regierungsnachrichten zufolge haben die Carlisten gestern vier Beamte der Südbahn erschossen. Die Carlisten haben bei Amposta 2 Kanonen und 1000 Tote und Verwundete verloren. — Espartero ist erkrankt.

London, 18. Oktober. Sir Hercules Robinson, der englische Bevollmächtigte, meldet unter dem 30. September an den Staatssekretär der Kolonien Lord Carnarvon, daß der König Tacloban den Vertrag über die Abtretung der Fidji-Inseln an England ohne Vorbehalt angenommen und unterzeichnet habe. Er selbst sei im Begriff nach den östlichen Inseln abzuziehen, um die Zustimmung des Hauptlings Maafu und anderer einflussreicher Häuptlinge einzubolen. — In Sheffield hat eine zweite große Fabrik für Eisenbahnmateriale in Folge der Unmöglichkeit, die festländische Konkurrenz aufzuhalten, mehrere hundert Arbeiter entlassen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. Oktober.

— Der Kaiser hat bei Entgegennahme des letzten Jahresberichtes

der deutschen Schillerstiftung, weil aus demselben „die fortwährend segensreiche Wirksamkeit der Stiftung hervorgeht“, dem Berliner Zweigverein der Schillerstiftung wiederum einen Beitrag von 1000 Mark aus allerhöchster Schatulle bewilligt. Aus gleichem Anlaß hat die Kaiserin der hiesigen Zweigstiftung 150 Mark zugeschenken lassen.

— Die Auslassung der „R. A. Ztg.“ bezüglich des Artikels der „Voss. Ztg.“ in Sachen Arnims lautet wörtlich:

Die der „Vossischen Zeitung“ mit dem Anspruch auf Autentizität zugegangene Darstellung von Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Arnim enthält auch für den nur oberflächlich in die Geschichte der letzten Jahre eingeweihten manifache Aufforderung zur Berichtigung und Verbesserung. Wir behalten uns solche indefens für die Zeit vor, wo die Gerichte ihr Urteil über den bei ihnen schwedenden Fall gesprochen haben werden, dessen Entwicklung, wie nicht oft genug betont werden kann, mit politischen oder persönlichen Differenzen keinen sachlichen Zusammenhang hat — und begnügen uns, unsere Ansicht zu konstatiren, daß jene Darstellung ungern an und unvollständig ist.

Die „Voss. Ztg.“ selbst kommt in einer Kritik des Versuches, den Grafen politisch zu rechtfertigen, zu dem Ergebniß, daß Graf Arnim durch keine bessere Politik als Fürst Bismarck zum Leiter der Reichsangelegenheiten empfohlen werde, daß er in der Vertheidigung als ein Mann von übergrößer Meinung von sich selbst erscheine, der von den Gegnern des Reichskanzlers gegen diesen selbst ausgespielt werden sollte. Fürst Bismarck müßte nicht der Mann sein, der mit kräftiger Hand alle in der Nation angesammelten Mittel zur Einigung Deutschlands nach seinem Willen in Bewegung gesetzt hätte, er müßte weniger Gefühl für seine Verantwortlichkeit gegen seinen Sohn und dessen Dynastie, gegen die Nation und die Geschichte haben, wenn er sich seine Werkzeuge über den Kopf wachsen ließe. Daß er dabei bis jetzt gewaltige Schwierigkeiten Herr geworden, daß er allein die Größe der Nation im Auge habe und vollständig uneigennützig gehandelt hat, daß er gegen eigene wie gegen fremde Vorurtheile die gleiche Schonungslosigkeit beobachtete, daß seine Politik noch immer von den gewünschten Erfolgen begleitet war, daß er allen Staatsmännern seiner Zeit an Menschenkenntnis, Scharfsinn und Größe der Auffassung überlegen ist, können ihm seine schlimmsten Feinde nicht bestreiten und haben sie zu ihrem Nachtheil erfahren.

Wie die „Post“ hört, ist seitens des Grafen Arnim die Zivilklage auf Anerkennung des Eigentums an den von ihm zurückgehaltenen Schriftstücken am Donnerstag eingereicht worden. Die Haftentlassung des Grafen wurde, der „Elb. Ztg.“ aufgezeigt, von dem Kammergericht aus folgenden Gründen abgelehnt:

1) Weil die Höhe der verwirkten Strafe nach den §§ 133 und 348 des Strafgesetzbuchs gegenwärtig nicht ermessbar ist; 2) weil zu befürchtete siehe, der Angeklagte werde die Freiheit zur Verdunkelung der Wahrheit und Erschwerung der Untersuchung missbrauchen; 3) weil ärztliche Privatzeugnisse nicht hinreichen, die Entlassung zu rechtfertigen.

Die „Wiener Presse“ erfährt, daß die Publikation einiger Briefe des Fürsten Bismarck an den Grafen Arnim, welche den streitigen Punkt bilden, unmittelbar bevorstehe, und zwar durch eine engl. Zeitung. In dem an die „Voss. Ztg.“ gerichteten Schreiben wurde, wie man sich erinnern wird, am Schlus mit der Veröffentlichung der Briefe — und zwar „ohne Schuld und gegen den Wunsch des Grafen“ — gedroht. Erwähnen wir noch eine Notiz der „Magd. B.“, in welcher es heißt, Graf Arnim habe sich früher über den Kopf des Reichskanzlers hinweg mehrfach an den Kaiser gewandt. Dann heißt es weiter mit Bezug auf den Brief in der „Voss. Ztg.“: „Jener schweren Zeit ist aber (darin) nicht gedacht, wo die Krankheit des Kaisers es unmöglich mache, die ohnehin erfolglosen Beschwerden anzubringen. Konstatiert ist jedoch, daß Graf Arnim sich zu dieser Zeit an die Mitglieder der kaiserl. Familie wandte, wo er unter gewissen eintretenden Umständen auf Erfolg hoffte. Es wird uns angedeutet, daß Fürst Bismarck sofort und später der Kaiser von diesen Schritten Kenntnis erhalten haben.“

Wie Stettiner Zeitungen melden, hat Graf Harry Arnim noch kurz vor seiner Haftung das Gut Boeck, Radow'schen Kreises, käuflich erworben. Der frühere Besitzer war Herr Spitta.

— Der Referendarius Graf v. Bismarck, zweiter Sohn des Reichskanzlers, ist aus dem Departement des Appellationsgerichtes Wiesbaden in das Departement des Appellationsgerichtes Köslin übernommen und dem Kreisgerichte in Schlawe zur Beschäftigung überwiesen.

— Der Justizminister hat sämtlichen Justizbehörden und Justizbeamten unter dem 10. d. Mts. Anweisung über die Einführung der Reichswährung ertheilt. Danach sollen auch vom 1. Januar 1875 alle Forderungen der Gerichtsbehörden und Justizbeamten auf Gebühren und Auslagen in der Reichswährung aufgestellt und alle Register, Bücher und sonstigen auf solche Forderungen bezüglichen Schriftstücke in dieser Währung geführt werden. Dies gilt auch von denjenigen Soll-Einnahme, für welche die Bücher, nach den bestehenden Anordnungen, schon mit dem 1. oder 20. Dezember 1874 zu eröffnen sind.

— Auch aus der zweiten Lesung des Bankgesetzes ist zu erkennen, in den Ausschüssen des Bundesrates ist hervorgehoben, daß von keiner Seite der Versuch gemacht worden ist, dem von dem Reichskanzler vorgelegten Entwurf gegenüber bestimmte Vorschläge befußt Errichtung einer Reichsbank zu formulieren. Ob davon lediglich mit Rücksicht auf die bekannte Stellung der preußischen Regierung Abstand genommen worden ist oder deshalb, weil die Mittelstaaten von der Errichtung einer Reichsbank eine Zurücksetzung ihrer besonderen Interessen befürchten, mag dahingestellt bleiben.edenfalls kann die preußische Regierung sich darauf berufen, daß die übrigen

Bundesstaaten durch diese reservierte Haltung von vornherein den Gedanken acceptirt haben, die Frage der endgültigen Regelung des Bankwesens der Zukunft vorzubehalten.

— Die wesentlichen sonstigen Bestimmungen des gestern erwähnten Gesetzentwurfs, betreffend die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer-Verhältnisse, sind folgende:

§ 1. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist Gegenstand freier Uebereinkunft. Zur Gültigkeit des Vertrages bedarf es der schriftlichen Abschrift nicht. § 3. Jeder Arbeitgeber ist der Aufsichtsbehörde gegenüber verbunden, auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unter allen, welche mit Rücksicht auf die besondere Verhafung des Arbeitsbetriebes und der Arbeitsstätte zu thunlichster Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit nothwendig sind. § 4. Wenn beim Betriebe der Land- und Forstwirtschaft oder eines damit verbundenen Gewerbes Maschinen in Anwendung kommen, deren Handhabung besondere Vorsicht und Sachkenntnis erfordert, so finden hinsichtlich der Verbindlichkeit zum Schadensersatz für die durch den Maschinenbetrieb herbeiführten Tötungen und Körperverletzungen die Vorschriften des Reichsgesetzes vom 7. Juni 1871 Anwendung. § 5. Beim Abgang können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern, welches auf Antrag der Beteiligten, wenn gegen den Inhalt sich nichts zu erinnern findet, von der Gemeindebehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen ist. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf die Führung auszudehnen. § 6. Mag und Beschaffenheit der Leistung und Gegenleistung, Anfang und Dauer des Arbeitsverhältnisses und die etwaigen Kündigungsfristen richten sich nach der Ortsgewohnheit, sofern nicht durch den Vertrag etwas Anderes bestimmt ist. — Im Zweifel gelten folgende Regeln: 1. Ist einem Arbeiter in unrechtmäßigen Anrechnung auf den vereinbarten Arbeitslohn eine Wohnung für sich und seine Familie oder ist ihm Landwirtschaft gewährt, oder besteht er einen Anteil am Wirtschaftsertrag, so wird der Vertrag als auf ein Jahr geschlossen angenommen. Wird derselbe nicht spätestens drei Monate vor Ablauf aufgelöst, so ist er von Jahr zu Jahr als auf ein Jahr verlängert zu erachten. 2. Der Vertrag mit Arbeitern, welche lediglich auf Tagelohn (Natural- oder Geldlohn) gedungen sind, ist auf unbestimmte Zeitspannen für geschlossen zu erachten, sofern nicht aus den getroffenen Vereinbarungen zu entnehmen ist, daß das Arbeitsverhältnis bis zur Vollendung eines bestimmten land- und forstwirtschaftlichen Geschäftes (Ernte-Arbeiten, Meliorations-Arbeiten, Holzschlagen etc.) andauern soll. § 9. Wenn zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses oder über die gegenseitigen Leistungen während der Dauer derselben oder über die Ertheilung oder den Inhalt des § 5 erwähnten Zeugnisses entstehen, so ist die Polizeibehörde zuständig, hierüber vorläufige Anordnung zu treffen und dieselbe sofort in Vollzug zu setzen. Die Zuständigkeit der Gerichte wird hierdurch nicht berührt, jedoch behält es bis zur gerichtlichen Entscheidung bei der polizeilichen Anordnung sein Bewenden. Über sonstige Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse hat die Polizeibehörde eine Verfügung nicht zu treffen.

Breslau, 17. Oktober. Der Fürstbischof von Breslau ist, wie eine aus Johannisberg eingetroffene Depesche meldet, heute früh, als derselbe von Schloss Johannisberg nach der nächsten Bahnhofstation zu fahren beabsichtigte, von einem Unfall betroffen worden. Auf dem abschüssigen Wege schlug nämlich die Equipage plötzlich um, so daß die Glasplatte des Wagens zertrümmert wurden. Die Verleihungen, welche der Herr Fürstbischof durch die umherliegenden Glassplitter erlitten, waren leider so erheblicher Art, daß er, um ärztliche Hilfe zu erlangen, sofort nach Johannisberg zurückkehrte.

Fulda, 16. Oktober. Neuerdings hat das hiesige bischöfliche Domkapitel wieder die Frage bezüglich der Neuwahl eines Bischofs für die Diözese Fulda erörtert, und zwar, wie man der „A. B.“ mittheilt, aus Anlaß eines diesbezüglichen Schreibens aus dem Vatikan. Man kam jedoch zu dem Schlusse, daß unter den obwaltenden Umständen von der Aufstellung einer zweiten Kandidatenliste am besten abzusehen sei, da das gegenwärtige Interregnum volle Übungshaft für die Erhaltung des Friedens innerhalb der Diözese bietet. Hierzu ist zu bemerken, daß die Majorität des Kapitels (Hahne, Dr. Lahrenz und Dr. Malmus) antisemitisch gesinnt ist.

Lippstadt, 17. Oktober. Wir teilten kürzlich nach der „Westfälischen Zeitung“ mit, daß der fürstlich lippische Kabinets-Minister v. Flottwell am 1. April 1. J. den lippischen Staatsdienst verlassen würde. Die „Kreuzzeitung“ erfährt, daß diese Nachricht jedes tatsächlichen Inhalts entbehrt, da bis jetzt noch in keiner Weise die Rede gewesen ist, daß der Minister v. Flottwell aus seiner jetzigen Stellung scheiden werde.

Baden-Baden, 16. Oktober. Der Kaiser und der Großherzog von Baden hatten sich heute Mittag 12 Uhr 20 Minuten nach Karlsruhe begeben. Die Rückfahrt von dort erfolgte Nachmittags 5 Uhr. Heute Abend hat der Kaiser der Vorstellung im Theater beigewohnt.

Paris, 15. Oktober. Die Jesuiten können den Moment nicht mehr abwarten, wo Deutschland und Russland sich zum Besten des Papstes und der Jesuiten in die Haare gerathen. Das Univers ist bekanntlich tief eingeweiht in Bismarck's und Görlitzow's Pläne und so ist es denn auch heute im Stande, zu melden, daß die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg so gespannt seien, daß sie ernsthafte Bedenken in — Russland einflößen! Beide aber? Nun, Bismarck hat Russland aufs Korn genommen, „um ihm die Herrschaft über die Ostsee zu entreißen und das deutsche maritime Kaiserthum zu gründen.“ Bismarck hat die italienischen und spanischen Zwischenfälle nur hervorgerufen, um von seinen wirklichen Plänen abzulenken; er benutzt Italien, Spanien und sogar die Schweiz, um Frankreich im Falle eines Krieges mit Russland in Schach zu halten. In Voransicht der eventuellen Feindseligkeiten soll Russland entschlossen sein, im Frühjahr 250.000 Mann an die litauische Grenze zu schicken; die Vorbereitungen zu den Rüstungen sollen bereits angefangen haben. Dies ein Brüderchen der Nachrichten aus dem Lager der Hörnlinge; in ihnen spiegeln sich die Bosheiten wie die Bestrebungen und Hoffnungen dieser edlen Schaar ab. Ja, freilich, wenn der Kaiser von Russland mit der schwarzen Cohorte gemeinschaftliche Sache dachte und ihr die Kastanien aus der heißen Asche holte, das wäre

ein Gaudium! Und wie würden die Pole über diesen russischen Kreuzung jauchzen! Dass aber solche Albernheiten mit ernstem Gesicht vom „Univers“ vorgebracht werden, ist ein neuer Beweis, wie wenig diejenigen Jesuiten und ihre Genossen des alten Russes von der Schlaue und dem Scharfschütze des Jesuiten-Ordens würdig und eingebettet sind. Wir dürfen ihnen deshalb auch das hier aufgetauchte Gerücht von der Forderung Deutschlands, einem Armeekorps den Durchmarsch nach Spanien zu gestatten, zur Ausnutzung empfehlen. Vielleicht giebt es noch glaubwürdige Gewährsmänner, die hinzusezieren. Bismarck habe verlangt, dass die Schlüssel der zu passierenden Städte den vorhabenden Ulanen entgegengebracht und die deutschen Kommandanten ermächtigt werden, beim Durchzuge das Kriegsrecht in proklamieren.

Paris, 16. Oktober. Das italienische Wahlkomitee in Nizza veröffentlicht folgenden Aufruf an seine Wähler:

Nizza! Ihr seit berufen, zwei Vertreter für die Nationalversammlung zu ernennen. Ein sogenanntes republikanisches Komitee, das jeden Geist der Gerechtigkeit verbannt, hat gewagt, euch zwei außerhalb der ehemaligen, aus den Arrondissements Nizza und Bièges-Théniers bestehenden Grafschaft Nizza genommene Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Wir wollten die Verdienste dieser beiden Kandidaten nicht beurtheilen, die, nachdem sie ihr ganzes Leben lang um die Gunstbezeugungen des Kaiserreichs eingetragen waren, heute die republikanische Idee ausdeuteten, um sich dem Lande leicht aufzwingen zu können. Uns, uns Nizzern allein, gehört das Recht an und füllt die Pflicht zu, über die Leitung unserer Angelegenheiten und die Vertheidigung unserer Interessen zu wachen. Wir bringen euch deshalb zwei Kandidaten unseres Landes in Vorschlag, welche dessen Bedürfnisse kennen und die Dank ihrer Intelligenz und ihrer Erfahrung im Stande sind, ihm die größten Dienste zu leisten. Herr Joseph Durand und Herr Baron Eugen Boissard de Ballet, die sich mit den patriotischen Gesinnungen inspirirten, haben das Mandat annehmen wollen, uns in der Nationalversammlung zu repräsentieren, und wir sind überzeugt, dass ihr, euch mit dem nämlichen Patriotismus inspirirt, ohne Zaudern und einstimmig ihre Namen in die Wahlurne legen werdet. Ihr offenes und loyales Glaubensbekennnis (dieselben wurden bekanntlich von den französischen Blättern aller Farben als antifranzösisch in so schärfen Ausdrücken gebrandmarkt) sagt euch zur Genüge, von welchem Geist der Versöhnung und von welcher Aufopferung für die öffentliche Sache unsere Kandidaten beseelt sind. Nizza! Nur einige Tage trennen uns von den Wahlen. Vereinigen wir uns zu einer höchsten Anstrengung, um den Triumph unserer Kandidaten zu sichern und für immer Geuner niederzuwerfen, welche nur darauf abzielen, die Nizzier in ihrem eigenen Lande zu Freunden zu machen. Die Ehre des Landes und seine thuerhesten Interessen stehen auf dem Spiele. Nizza! Zu den Urnen! Stimmt für Herrn Joseph Durand, Ingenieur, für den Baron Eugen Boissard de Ballet.

Dieses Auftreten des nizzaer Wahl-Komitees regt hier noch mehr gegen die italienische Partei in der Grafschaft auf. Dass dieselbe bei den nächsten Wahlen den Sieg davontragen wird, ist jedoch nicht wahrscheinlich, da Garibaldi, der in seiner Vaterstadt noch immer großen Einfluss hat, sich für die beiden republikanischen Kandidaten ausgesprochen haben soll. Zum wenigsten wendet der Appell, das dieselbe an den Deputirten Maure ein Schreiben zu Gunsten der Kandidaten Chiris und Medecin gerichtet. Die Lage in Nizza ist übrigens äußerst verwirrt. Die von Garibaldi unterstützten Kandidaten behagen natürlich den Konservativen nicht, die aber auch nicht für die separatistischen Kandidaten stimmen können und wollen. Was die Regierung betrifft, so scheint dieselbe die Dinge in der Grafschaft ihren Gang gehen lassen zu wollen. Mindestens erklärte der Minister Chabaud-Latour in der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses, dass er sich vollständig neutral verhalten werde.

Die bonapartistischen Blätter veröffentlichten folgenden Brief des Herzogs von Padua an den Marschall Mac Mahon:

Paris, 15. Oktober 1874.
Herr Marschall! Ein Beschluss des Ministerrats entsteht mich meines Amtes als Maire der kleinen Gemeinde Courson-Aulnay. In einem anderen Augenblick hätte ich diejenigen Autoritätsalt mit Stillschweigen übergegangen; heute ist mir dies nicht möglich. Wenn diese Maßregel befreikt, die Aeußerungen zu desavouiren, die Sie anlässlich meines letzten Besuchs gegen mich haben fallen lassen, so ist es meine Pflicht, deren absolute Richtigkeit nochmals zu bestätigen und Niemand wird an meiner Wahrhaftigkeit zweifeln. Der in Seine et Oise eröffnete Wahlkampf ist, Herr Marschall, wie er auch immer ausfallen mag, schon jetzt durch eine bauernswerte Ermittlung zu Gunsten meines Gegners mangelhaft gemacht. Es gibt Leute, die sich darüber freuen; aber es sind dies wieder die Männer der Ordnung noch die unabhängigen Bürger; es werden Ihnen und unserer Feinde sein. Ich wünsche, Herr Marschall, dass eine nahe Zukunft nicht Allen die traurigen Folgen der unklugen Politik zeigen, welche Ihr Kabinett befolgt.

Ich bewahre Sie für Eure Excellenzen, Herr Marschall, die Gesinnungen tiefer Ehrfurcht und ausgedehnter Hochachtung.

Herzog von Padua."

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Oktober.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Es ist jetzt über ein Jahr her, dass der Gymnasial-Direktor Stephan zu Schrimm vom Amte suspendiert und gegen denselben die Disciplinaryuntersuchung auf Amtsenthebung eingeleitet wurde. Am 17. d. M. stand nun vor dem k. Disciplinaryhof für nicht richterliche Beamte zu Berlin Termin zur mündlichen Verhandlung an, zu welchem Herr Direktor Stephan mit dem von ihm erwählten Bertheidiger Rechtsanwalt Döckhorn aus Posen persönlich erschienen war. Es dauerte allein eine geraume Zeit, bevor die ungefähr 52 Bogenseiten lange Anschuldigungsschrift verlesen war. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Geheimer Regierungs-Rath Schallehn hielt den in der Anschuldigungsschrift gesetzten Antrag auf Dienstentlassung aufrecht. Der Bertheidiger Rechtsanwalt Döckhorn dagegen wies darauf hin, dass die einzelnen in der Anklage enthaltenen Vorwürfe theils unerwiesen, theils unbedeutender Natur seien, indem er namentlich betonte, dass eine so lang ausgedehnte Anklage von vornherein schon deshalb verdächtig erscheine, weil angenommen werden müsse, dass das Material zu derselben zusammengeleppt sei, nur um etwas herauszufinden. Der k. Gerichtshof schien von den Anführungen des Bertheidigers ebenfalls überzeugt, denn er erkannte nach einstündiger Berathung nur — auf einen Verweis.

Zum Geburtstage des Kronprinzen waren gestern die königlichen und städtischen Gebäude unserer Stadt mit Fahnen geschmückt.

Die Einweihung der Gedächtnistafeln für die in den Jahren 1870/71 gebliebenen Offiziere und Soldaten der Truppentheile hiesiger Garnison fand gestern Vormittags in der Garnisonkirche statt. Es sind dort 6 Tafeln angebracht, auf welchen die Namen der gefallenen Offiziere und Soldaten des 6. Grenadier-, des 37. Füsilier- des 46. Infanterie-, des 2. Leibhusaren-, des 5. Artillerie- und des 18. Posener Landwehr-Regiments enthalten sind, und die reich mit

Guirlanden geschmückt waren. Zu der Feier waren Deputationen sämtlicher hier garnisonirenden Regimenter, sowie des hiesigen Landwehrvereins erschienen.

Zur Gründung eines Konsumvereins, welcher vornämlich Beamte umfassen soll, wird hier in der nächsten Zeit eine Versammlung stattfinden. Bekanntlich hatten wir hier bereits vor etwa 8 Jahren einen Konsumverein, der aber das unglückliche Markensystem einführte und deshalb kaum ein Jahr lang bestand.

Der „Staatsan.“ publiziert ein Privilegium wegen eventueller Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen der Stadt Lissa im Betrage von 150,000 Mark. Nachvhr. Dasselbe ist vom 19. September datirt und hat folgenden Wortlaut:

Wie Wilhelm ic. Nachdem der Magistrat der Stadt Lissa im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung dafolgt darauf anggetragen hat, der Stadt zu gestatten, über ein zur Ausführung des Baues eines Massenquartiers und zur Reorganisation des Schulwesens, von dem Reichs- und Landfonds aufgenommenes Darlehen im Betrage von Ein Hundert und Fünzigtausend Mark Reichsmünze, auf Verlangen des Darlehens auf jeden Inhaber lautende Stadtobligationen nach Maßgabe der anliegenden Bedingungen ausgeben zu dürfen, ertheilen Wir im Gemüthe des § 2 des Gesetzes vom 17. Juni 1883 durch gegenwärtiges Privilegium der Stadt Lissa zur Ausgabe von auf jeden Inhaber lautenden Stadtobligationen bis zum Betrage von Ein Hundert und Fünftausend Mark Reichsmünze, welche nach dem anliegenden Schema in Abschüttungen von 3000, 1500, 600 und 300 Mark Reichswährung auszufertigen, mit vier und einem halben Prozent jährlich zu verzinsen, und, von Seiten der Gläubiger unsichtbar, nach dem festgestellten Tilgungsplan durch Auslösung bis spätestens im Jahre 1911 zu amortisieren sind, mit Vorbehalt der Rechte Dritter. Unsere landesherrliche Genehmigung, ohne jedoch dadurch den Inhaber der Obligationen in Ansehung ihrer Befriedigung eine Gewährleistung Seitens des Staates zu bewilligen. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterchrift und beigedrucktem Königlichen Siegel.

Gegeben Hannover, den 19. September 1874.

Wilhelm.

Camphausen. Gr. Eulenburg. Dr. Achenbach.

In der H. Saul'schen Diebstahlsache sind bis jetzt ca. 20.000 Thlr. bar und in Wertpapieren ermittelt und herbeigeholt worden, davon 4000 Thlr. in dem Pakete, welches neulich, wie bereits mitgetheilt, am Rande des Morastes zwischen Koblenz und Charlottenburg gefunden wurde. Neuerdings sind im Koblenzer Waldchen polizeiliche Recherchen abgehalten, und dabei eine leere Tasche mit der Aufschrift: „Königlich preußische Staatsanleihe“ gefunden worden. Diese Tasche hat sich gleichfalls in dem Saul'schen eisernen Kasten befunden.

Wegen Beleidigung des Probstes Kubeczek wurde dieser Tage von dem Kreisgericht in Schrimm ein Dienstmädchen aus Kions zu acht Tagen Gefängnis verurtheilt. Dasselbe hatte den Probst, als er aus der Barr Wohnung herauskroch, mit einem nicht näher zu bezeichnenden Namen bedacht und außerdem erklärt, dass sie ihn, sobald sie ihn irgendwo auf der Straße begegnen würde, steinigen werde.

XX. Frankfurt, 16. Oktober. [Flachsanbau. Karoffelerne.] Dem Aufbau von Flachs wird von den Landwirten in unserer Gegend immer mehr Aufmerksamkeit zugewendet, obgleich derselbe viel Mühe und Fleiß erfordert. Die in diesem Jahr anhaltende große Dürre hat das kräftige Emporspriessen des Flachses wesentlich verhindert, so dass man ungefähr nur eine Mittelernte erzielt hat. Zur Erntezeit dieses Produktes finden sich alljährlich viele Käufer aus Kleinen, Kreis Glogau, einem Stapelplatz ersten Ranges, ein, welche von Dorf zu Dorf sämmtliche Vorläufe sofort als thunlich an sich zu bringen suchen. Dieses Jahr nehmen die Preise eine ziemliche Höhe ein, man zahlt pro 600 Kilogramm 20 bis 24 Thlr. — Die Karioffelerne, mit welcher man schon weit vorgezogen ist, fällt bisher aus als man allgemein erwarte. In einigen Ortschaften ist diese Ernte eine so ergiebige, wie man sich seit langer Reihe von Jahren nicht mehr erinnern kann, dagegen in anderen Ortschaften erreicht man nur ungefähr den Durchschnittsertrag gegen das Vorjahr. Die Preise sind in der letzten Zeit sehr herabgegangen, denn während man vor etwa 4 Wochen noch 1 Thlr. 5 Sgr. bis 1 Thlr. 10 Sgr. pro Sac — 75 Kilogramm zahlte, so erzielt man jetzt nur noch 20 bis 22 Sgr.

g. Jutroschin, 16. Oktober. [Prozess.] Ein hiesiger Gastwirth wurde vor einiger Zeit von einem Cigarrenreisenden vom Hause H. in Breslau befreit, da erster noch mit Vorrah versehen und ihm das Haus völlig fremd war, so machte derselbe trotz allen Bureaudienstes des zu Neisenden kleinerlei Bestellung. Nichts destoweniger erhielt gedachter Gastwirth nach Verlauf vieler Wochen vom Hause H. in Breslau eine Sendung von 3 Mille Zigarren, deren Annahme natürlich verweigert ward. Das betr. Haus klage, der Neisende beider die Bestellung und der Verklage ward zur Annahme der Zigarren und Tragung der nicht unbedeutenden Kosten verurtheilt, hat jedoch gegen das Erstentlassung appelliert. Die Zigarren aber lagern noch auf dem Oberschlesischen Bahnhofe in Breslau.

— ! Neutomischel, 16. Oktober. [Sopfengeschäft.] Bei den hiesigen und den hier wieder ziemlich zahlreich anwesenden fremdländischen Sopfenhändlern macht sich fort und fort rege Kauflust bemerkbar. Das Geschäft ist aber noch immer ein wenig labhaftes, weil die Produzenten ihre Ware für den nach ihrer Ansicht zu niedrigen Preis nicht abgeben wollen. Ware von vorzüglichster Qualität bezahlte man pro Zentner mit 78—82 Thlr., Mittelware mit 74—76 Thlr. und Sopfen aingerichtete Güte mit 70—72 Thlr.

k. Schneidemühl, 16. Oktober. [Gwürgerich.] Unter den während der diesmaligen Schwurgerichtsperiode bisher zur Aburteilung geangten Verbrechen, prangt in erster Linie die in unserer Provinz so beliebte Körperverletzung mit tödlichem Erfolge. Vergangenen Mittwoch wurde gegen den Häusler Lieske aus Chrzanow bei Kiehne wegen Freiheitsberaubung und Mordes verhandelt. Die Verhandlung musste jedoch da einer der nachverständigen Aerzte wegen Krankheit nicht erscheinen war, vertagt werden. Dieser Angeklagte, ein Bursche von 19 Jahren, wird beschuldigt, seine Chefrau, eine 40jährige Person, erbrockt und alsdann vergraben zu haben. — In der heutigen Sitzung wurde die Anklagesache wider den ehemaligen Körperschandenmann Brussatis von hier verhandelt. Der Angeklagte, ein Greis von 70 Jahren, wird beschuldigt, ähnlich anvertraute Gelder unterzulügen und in seinem Nutzen verwandt, außerdem die betreffenden Kassenbücher (Urkunden) gefälscht zu haben. Der Angeklagte war der That geständig und wurde unter Annahme milderner Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt.

Trzemeszno, 17. Oktober. Bekanntlich ist der hiesige Dekan, Prof. Tomaszewski, von der Gnesener Staatsanwaltschaft wiederholt nach dem unbekannten Diözesanverwalter inquirirt und dieserhalb in Geld- und Haftstrafen genommen worden. Die streitige Frage bei diesen Inquisitionen, gegen welche der Dekan Beschwerde erhob, war, ob derselbe geschickt verpflichtet sei, die verlangte Auskunft zu geben. Die Beschwerde des Dekans, welche er sowohl an das zustehende Kreisgericht als auch an das Obertribunal richtete, sowie die abweisende Antwort des letztern haben folgenden Wortlaut:

I.

An das königliche Kreisgericht in Trzemeszno.

In Sachen betreffend die Ermittlung des in der Diözese Gnesen bischöfliche Rechte Ausübenden soll ich am 22. d. als Zeuge vernommen werden. Ich muss mein Beugnis aus folgenden Gründen ablehnen:

1) Die Frage, wer bischöfliche Rechte ausübt, ist keine Thatsachen-

frage, sie enthält ein Urtheil, welches ich mir bilden soll aus Thatsachen, die mir nicht angegeben, die ich also mir selbst in meinem Innern zusammenzusuchen soll. Es wird von mir also nicht ein Beugnis, sondern ein Gutachten verlangt, und zwar auf Grund von Thatsachen, die mir nicht genannt werden, die mir also unbekannt.

2) Das Gesetz bestimmt im § 139 des Strafgesetzbuches die Fälle, in welchen man verpflichtet ist, von dem Vorhaben einer strafbaren Handlung Anzeige zu machen. Zu den in jenem Paragraphen genannten Fällen gehört der hier in Rede stehende nicht.

Angenommen also, dass mir bekannt wäre, dass ein Geistlicher im Begriffe ist, bischöfliche Rechte im Widerspruch mit den Magiszen auszuüben, so würde ich zu einer Anzeige des Vorhabens nicht verpflichtet sein.

Soweit man durch das Gesetz von der Pflicht zur Anzeige einer beabsichtigten strafbaren Handlung befreit ist, soweit ist man auch befreit von der Pflicht zur Anzeige der strafbaren Handlung, nachdem jenseits verübt. Sollte jemand von der Ansicht ausgehen, dass man zwar nicht verpflichtet, eine beabsichtigte strafbare Handlung einzugeben, dass man aber die That, wenn sie geschehen, unter allen Umständen anzeigen müsse, so würde man dem Gesetz das unmoralische Motiv entziehen, dass es zwar vor und bei Begehung einer strafbaren Handlung einem Dritten sich passiv zu verhalten nur zu dem Zwecke gestattet, um ein Unglück geschehen zu lassen, und erst dann den Nebenhörer zu fassen. Nach meiner Ansicht geht der Wille des Gesetzes dahin, dass soweit man von einer beabsichtigten strafbaren Handlung Anzeige zu machen nicht verpflichtet, man auch nicht verbunden, nach der That, wenn sie geschehen, Anzeige zu machen.

Da nun die beabsichtigte Ausübung bischöflicher Rechte, selbst wenn ich davon wüsste, von mir nicht angezeigt zu werden braucht, so bin ich auch, falls ich von der erfolgten Ausübung etwas weiß, hier von Anzeige zu machen nicht verpflichtet. Da das betreffende Privilegium des Gesetzes ein ganz allgemeines ist, kann man zu einer Anzeige, zu welcher man gesetzlich nicht verpflichtet ist, auch auf dem Umweg nicht gewarnt werden, dass man zur Anzeige von einer Behörde aufruft wird.

Man darf eben zu einer Anzeige, da man zur Bewirkung derselben nicht verpflichtet, meiner Ansicht nach von einer Behörde nicht aufgefordert werden.

Jeder Staat hat seine Sicherheitsbeamten, deren Aufgabe es ist, den strafbaren Handlungen nachzuforschen.

Diese Beamten sind allerdings zur Anzeige der strafbaren Handlungen verpflichtet, da sie sich hierzu durch ihren Eid resp. ihr Versprechen verpflichtet.

Ich gehöre aber nicht in die Kategorie jener Sicherheitsbeamten.

3) Die Frage, die ich beantworten soll, enthält, wie erwähnt, ein Urtheil.

Ob Jemand bischöfliche Rechte ausübt oder nicht, ist ein Urtheil, welches man sich nur dann bilden kann, wenn man Thatsachen zusammenstellt, welche ergeben, dass der Eine die Befehle erlässt und der Andere sie befolgt. Befehle erlässt man aber nur an Dienstigen, die man Untergebene hält und von denen man überzeugt ist, dass sie die Befehle befolgen werden.

Wenn ich verpflichtet wäre Dienstigen anzugeben, der befehlt, so würde dann auch leicht Derjenige feststellen sein, der gehorcht, und das Gehorchen ist ja eben so strafbar, wie das Befehlen.

Ich kann die Grenzlinie zwischen Beugnis in Bezug auf Dritte um Aufstellung in Bezug auf mich selbst nicht feststellen, ich muss beurtheilen, dass jede Neuherzung, die ich thun würde, in Bezug auf mich selbst nachtheilige Folgen haben könnte.

Aus allen diesen Gründen erkläre ich, dass ich eine Erklärung über die mir vorgelegten Fragen nicht abgeben kann. Aus den vorgetragenen Gründen bitte ich auch von der Einziehung der angekündigten Geldstrafe Abstand zu nehmen.

To maszewski.

II. An das königliche Obertribunal.

Hohes Obertribunal!

Ich bin auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft in Gnesen vom königlichen Kreisgericht in Trzemeszno zur Abgabe eines Beugnisses darüber aufgefordert:

wer in der Diözese Gnesen bischöfliche Rechte ausübt.

Ich habe zu diesem Beufre bereits Mitte August einen Termin beim königlichen Kreisgericht in Trzemeszno gehabt, in welchem ich jede Aussage verweigert. Ich bemerke, dass ich katholischer Probst und Dekan bin.

Das Königliche Kreisgericht in Trzemeszno hat demgemäß auch von meiner eidlichen Vernehmung Abstand zu nehmen befohlen; es ist in diesem, wie dies mir protokollarisch eröffnet worden, vom königlichen Appellationsgericht Bromberg in Folge der bei Letzterem von der kgl. Staatsanwaltschaft in Gnesen geführten Beschwerde angewiesen worden, mich durch Zwangsmafzregeln zu einer eidlichen Aussage anzuhalten, und stand zu diesem Beufre, wie Anlage ergiebt, am 22. August um 11 Uhr Termin an. Ich bin in jenem Termine erschienen und habe im derselben auf die von mir kurz vor dem Termin zu den Untersuchungsaften eingereichte, in Abschrift beifolgende Eingabe (Art. Astenstück Nr. 1) mit der Bitte Bezug genommen, mich auf Grund der von mir in der Eingabe getheilten Anführungen von der Pflicht zur Ablegung eines Beugnisses zu entbinden.

Das königliche Kreisgericht in Trzemeszno hat indessen einen neuen Termin auf den 5. September um 11 Uhr gegen mich angefest, wegen des im Termin am 22. August verweigerten Beugnisses eine Ordnungsstrafe von 25 Thaler festgesetzt und mir, falls ich bei meiner Weigerung beharre, eine Ordnungsstrafe von 50 Thalern angedroht.

Dies ergiebt das beifolgende Schreiben des königlichen Kreisgerichts Trzemeszno vom 22. August c. Ich halte dieses gegen mich beobachtete Verfahren für nicht gerechtsame und zwar aus den in der von mir dem königlichen Kreisgericht in Trzemeszno überreichten, abschriftlich beifolgenden Eingabe angegebenen Gründen, welche dahin gehen:

1) dass die Frage, die ich zu beantworten habe, keine Thatsachenfrage ist, vielmehr ein Urtheil enthält;

Das Recht und die Pflicht des Richters, ein Zeugniß zu verlangen, beginnt aber erst dann, wenn die Gewissheit oder Wahrscheinlichkeit eines strafbares Thatbestandes vorhanden, wie dies auch in § 202 der Kriminalordnung § 440, Verordnung vom 3. Januar 1849 und in der auf Blatt 820 seq. Band 10 Goldammers Archiv abgedruckten Entscheidung anerkannt. Der gegen mich ausgeübte Zwang zum Zeugniß ist also ein unzulässiger Zwang zur Denunziation. Der Zwang ist auch um deshalb ungültig, weil, wie ich behauptet habe und behaupte, der Zwang zum Zeugniß mittelbar auch zugleich ein Zwang zur Selbstanklage, die von mir zu beantwortende Frage übrigens keine Thatsache ist.

Ein hohes Obertribunal bat gebraucht das Königliche Kreisgericht in Trzemesno anzusehen, von der Verhängung von Zwangsmäßigkeiten wegen des von mir verweigerten Zeugnißses, sowie von meiner zeugeneidlichen Vernehmung Abstand zu nehmen.

Tomaszewski.

III.
Berlin, den 30. September 1874.

Königliches Ob. r. Tribunal
Nr. 197.74. B.

Auf Ihre Beschwerde vom 29. August cr. in Sachen, betreffend die Ermittlung derselben Person, welche in der Diözese Gnesen bischöfliche Rechte ausübt, wird Ihnen unter Rücksicht der Verhandlungen vom 18. und resp. 22. August cr. eröffnet, daß dieselbe für begründet nicht erachtet werden kann.

Inhalts der beiden zur Beantwortung vorgelegten Fragen sollen Sie darüber Zeugniß ablegen, ob und welche Instruktionen und von welcher Person Ihnen für Sie selbst und für die Pfarrgeistlichkeit bezüglich des amtlichen Verkehrs mit den geistlichen Oberen zugegangen sind.

Die bloße Entgegnahme derartiger Instruktionen kann für eine strafbare Handlung nicht angesehen werden, und es wird daher von Ihnen nicht die Offenbarung von Umständen verlangt, welche Sie selbst als strafbar erscheinen lassen könnten.

Die beiden Fragen enthalten auch kein bloßes Urtheil, und selbst wenn dies der Fall wäre, würde hierin ein gesetzlicher Grund zur Ablehnung des Zeugnißses nicht gefunden werden können.

Der § 139 des Strafgesetzbuches bestimmt nur die Fälle, in denen noch zu begehende Verbrechen von Demjenigen, der von dem Vorhaben Kenntnis erhält, zur Anzeige gebracht werden müssen, und hat auf die gesetzliche Pflicht, über bereits verübte strafbare Handlungen Zeugniß abzulegen, gar keinen Bezug. Beide Obliegenheiten sind in den §§ 7 und 9 der Kriminalordnung ausdrücklich einander gegenüber gestellt.

Endlich haben die stattgehabten Ermittlungen, insbesondere der Umstand, daß Kirchengelder von dem Buchhändler Lage an den Domherrn Dorfsewski und von Letzterem an eine dritte Person, welche ic. Dorfsewski zu nennen verweigerte, abgeführt worden sind, allerding mit großer Wahrscheinlichkeit ergeben, daß die bischöflichen Funktionen in der Diözese Gnesen von einer Person ausgeübt werden, welche die in dem Gesetz über die Verwaltung katholischer Bistümer vom 20. Mai cr. vorgeschriebenen Verpflichtungen nicht erfüllt und deshalb nach diesem Gesetz sich strafbar gemacht hat.

Über dieses Vergehen und den Thäter sich als Zeuge vernehmen zu lassen, ist nach §§ 7 und 311 der Kriminalordnung Federmann im Staate verpflichtet, und, da keiner der im § 313 ibid. vorgegebenen Ausnahmefälle, in denen das Zeugniß verweigert werden kann, vorliegt, so kann die Verfügung des königlichen Appellationsgerichts zu Bromberg, durch welche das Königliche Kreisgericht zu Trzemesno angewiesen worden ist, Sie im Falle fortgesetzter Weigerung durch Geld- oder Gefängnisstrafe zur Ablegung des Zeugnißses anzuhalten, sowie die in Gemäßigkeit dieser Verfügung von dem letztedachten Gericht getroffenen Maßregeln in Hinblick auf § 312 a. a. O. für ungerechtsam nicht erachtet werden.

Die Kosten für diese Verfügung mit 10 Sgr. haben Sie an die Gerichtskasse des k. Kreisgerichts zu Trzemesno zu zahlen.

gez.: v. Ingwersleben.

An
den Dekan Herrn Napoleon
Tomaszewski
in
Trzemesno."

Eine neue Epistel des Propstes Kubeczak.

Der Propst Kubeczak in Rions hat bereits eine große Anzahl von Schreiben veröffentlicht. Die letzten derselben, welche an ultramontane Geistliche und Organisten gerichtet waren, theilten die polnischen Zeitungen ihren Lesern zur erheiternden Kritik mit. Gegenwärtig hat der unermüdliche Propst wiederum ein Schreiben geschrieben. Er fühlt sich gedrungen, an die Kongregation der General-Inquisition in Rom, welche offenbar eine sehr nette Kirchenbehörde sein muß, in lateinischer Sprache folgende Epistel zu richten:

Hochverehrliche und Hochwürdigste Herren! Vor etwa 8 Monaten starb der Pfarrer von Rions. Das Patronatsrecht übt der Herr Kennemann, welcher protestantisch ist, aus. Dieser hat aus Mehreren, die sich um die Stelle beworben, mich zum Pfarrer ernannt und nachdem er zuvor die Einwilligung des Präfekten der Provinz erhalten hatte, mich schriftlich unserem Dekan Rzepiowski präsentiert, welche ihm antwortete, daß er zu meiner Einführung nicht erscheinen werde, weil ich von der geistlichen Behörde die Zustimmung nicht erhalten würde. Wie konnte er schreiben, daß ich nicht erhalten würde? Mußte er nicht meine Wahl dem posener Kapitel melden und die Antwort dieser Kapitels erwarten? Dieses hat er unterlassen, denn im anderen Fall hätte er antworten müssen, daß ich sie nicht erhalten hätte. An dem für meine Einführung bestimmten Tage kam der Dekan und sagte: „Diesen Geistlichen erkenne ich nicht an als den rechtmäßigen Propst; denn er ist ein Eindringling.“ Weil er die Kirchenschlüssel und Anderes nicht übergeben wollte, ließ der Patron Alles mit Gewalt öffnen. Kurz darauf ging der Dekan ganz unerwartet in die Kirche, nahm das heilige Altarsakrament zu sich, sprang auf einen Wagen und rief auf dem ganzen Wege durch die Stadt in unmündiger und ehrfurchtloser Weise und mit Gefahr, so einen Aufruhr heraufzubefehlen: „Ihr habt schon nicht mehr den lieben Gott in Rions; ich habe ihn fortgenommen und führe ihn ab.“

Weil der Patron das Wahlrecht hat, so hat er durch seine Wahl gehandelt: weil ohne die Genehmigung des weltlichen Präfekten kein Amt verwaltet kann, so hat der Patron durch die Anzeige der erfolgten Wahl bei dem Präfekten abermals sich gut benommen; denn es ist besser, daß man während man am Glauben festhält, gegen die Regierung in kleinen Dingen nachziehig sei, als daß man sie durch unüberlegten Widerstand immer mehr reizt, härtere Gesetze hervorruft und selbst die Ursache davon ist, daß allmählig Verwüstung und Verwirrung entsteht. Wenig oder nichts kommt darauf an, der Regierung die Namen der Gewählten angiveien, aber ein ganz böses Ding ist es, wenn die Pfarreien hirtenlos sind! denn das Heil der Seelen muß allen anderen Dingen vorgezogen werden.

Dadurch, daß ich meine Wahl annahm, konnte ich nicht sündigen, weil ich ebensoviel wie der Patron das Wahlrecht hat, das Annahmen feierlich sein Amt verwalten kann, so hat der Patron durch die Anzeige der erfolgten Wahl bei dem Präfekten abermals sich gut benommen; denn es ist besser, daß man während man am Glauben festhält, gegen die Regierung in kleinen Dingen nachziehig sei, als daß man sie durch unüberlegten Widerstand immer mehr reizt, härtere Gesetze hervorruft und selbst die Ursache davon ist, daß allmählig Verwüstung und Verwirrung entsteht. Wenig oder nichts kommt darauf an, der Regierung die Namen der Gewählten angiveien, aber ein ganz böses Ding ist es, wenn die Pfarreien hirtenlos sind! denn das Heil der Seelen muß allen anderen Dingen vorgezogen werden.

Einige Tage später berief der Dekan das Volk in die Kirche und sprach vor Hunderten gegen mich den größeren Bann im Namen eines Delegaten aus. Selbst wir Priester werden darüber in Unwissenheit

belassen, ob es wirklich einen Delegierten giebt; es geht bloß das Gericht, daß es einen geben soll, aber so verborgen, daß Niemand ihn aufzufinden machen könnte. Einem Delegaten, der mit seinem Namen hervor und dann öffentlich auftaucht, muß Gehorsam geleistet werden, aber wir leugnen die Verbindlichkeit zum Gehorsam gegen einen Verborgenen und Namenlosen, an dessen Dasein wir zweifeln dürfen. Meine Exkommunikation ist ein öffentliches Urteil, was Niemand füllen kann, als nur ein gesetzmäßiger und öffentlicher Richter, bei welchem Vertheidigung und von welchem Appellations stattfinden können müßten. Weil viele Bedingungen in meiner Angelegenheit sich nicht erfüllen, so ist jene Exkommunikation durch sich selbst Null, welche gegen mich im Namen eines Namenlosen und vielleicht gar nicht vorhandenen Delegierten verkündet ist. Angenommen es gebe einen Delegaten und eine im Namen eines Namenlosen verborgene Exkommunikation wäre gültig, so würde dennoch die gegen mich jetzt ausgesprochene Exkommunikation Null und nichtig auch darum sein, weil keine Vorladung, Warnung und Androhung der Exkommunikation an mich ergangen ist; denn diese Dinge werden vom Kirchenrecht für die Gültigkeit einer Kirchenstrafe, die ein Mensch verhängt, als Bedingungen vorgeschrieben.

Alles dieses habe ich sowohl dem Dekan als dem posener Kapitel geschrieben, aber eine Antwort nicht erhalten. Inzwischen arbeitet der Dekan im Verborgenen gegen mich und bringt meine Pfarrkirche in Verwirrung, so daß nur der kleinste Theil meine Messe hört, und der größte Theil sich der Sakramente enthält, obwohl ich nur der einzige Priester für 331 Seelen bin.

Um des Heiles der Seelen willen bitte ich nun mit aller Demuth die H. Kongregation, daß sie durch das posener Kapitel in meiner Pfarrkirche gnädig bekannt machen lassen wolle, daß die vom Dekan gegen mich geschleuderte Exkommunikation null gewesen, daß ich Rechtsanspruch auf die Pfarrkirche halte, und darum für die selbe bestätigt werde. Wenn dies nicht geschieht, werden die Pfarrkirche größere und die größten Schäden leiden, weil weder der Patron statt meiner einen Andern wählen, noch die Regierung einen Anderen bestätigen wird, noch ich selbst auf die rechtmäßig erworbene Pfarrkirche verzichten will und zwar um so weniger, weil der Dekan und Genossen alle Klauke bei Seite sezt, es mit allem Eifer gewagt haben, durch die ungültige und in den Beiträgen verkündete Exkommunikation meine Ehre zu beflecken, obwohl ich niemals Fleher oder Verräther oder ein von einer Kirchenstrafe bestroffener war. Der heil. Kongregation demütigster Diener Probst Kubeczak.

Rions, den 15. Oktober 1874.

Staats- und Volkswirtschaft.

Breslau, 17. Oktober. [Bericht über den breslauer Brodkumentmarkt.] Preissnotierung per 100 Kilogramm netto.

Effektiv-Geschäft. Weizen unv., weißer neuer 5½—6½—7 Thlr., gelber neuer 5½—5½—6½ Thlr. — Gerste unver., schlesische neue 5½—5½—6½ Thlr. — Hafer full., neuer 5½—5½—6 Thlr. — Erbsen begehr., Kocherbsen 7—7½ Thlr., Buttererbse 6½—7 Thlr. — Wicken offenk., schlesisch 5½—6½ Thlr. — Bohnen unver., schlesische 7—8½ Thlr., galizische 7½—8 Thlr. — Lupinen matt, gelbe 4½—4½ Thlr., blaue 4—4½ Thlr. — Mais offenk., 5½—5½ Thlr. — Delfauten fest, Winterraps 7½—7½—8½ Thlr. — Winterrüben 6½—7½—7½ Thlr., Sommerrüben 6½—7½—7½ Thlr., Dotter 6½—7½—7½ Thlr. — Schlaglein unverändert, 7—8½—9 Thlr. — Hanfsamen unverändert, 6½—6½ Thlr.

Preissnotierung per 50 Kilogramm netto.

Rapsfutter fest, schlesisch 2½—2½ Thlr., ungar. 2½—2½ Thlr. — Kleesaat nom., weiß 12—14—17—20 Thlr., rot 10—12—14—15½ Thlr., schwedisch 18—19—21 Thlr., gelb 4—5½ Thlr. — Chymothée ohne Geschäft, 9—10½—12 Thlr. — Leinfutter 3—3½ Thlr.

Der Markt verkehrte heute für Roggen und Hafer in unverändert ruhiger Haltung, Gerste und Weizen waren nur in seiner Waare geucht.

Vermischtes.

* Das Todesurtheil, welches von dem Kreisgericht am Freitag gegen den polnischen Arbeiter Fredjick gefällt worden ist, hat, so berichtet die "Tribüne", auf das Gemüth desselben anscheinend gar keinen Einfluß ausgeübt. Beim Verlassen des Gerichtsaales blieb er ebenso kalt, wie bei Verkündigung des Urtheils. Im Vorzimmer, als seine Ehefrau mit dem ersten wenigen Monaten alten Kinder auf ihn trat, traten ihm einige Thränen in die Augen, wodurch er indessen nicht verhindert wurde, der unglücklichen Frau einen heftigen Stoß vor die Brust zu geben, so daß diese weinend zurücktaumelte; das junge, sehr sauber gekleidete Weib mit nicht unschönen Gesichtszügen erregte allgemeine Teilnahme. Bei dem Hauswart der Haushoheit hatte die mit seinem Worte der deutschen Sprache mächtige Frau während ihres Aufenthalts in Berlin unentzettelte Aufnahme gefunden. Die Frau wannte sich krampfhaft an das Treppengeländer anklammernd, langsamem Schrittes die Treppe hinab. Eine unter dem Publikum zu ihren Gunsten veranstaltete Geldsammlung hatte einen günstigen Erfolg, und wurde ihr der Ertrag derselben sofort ausgeländigt.

* Frau Kirszt, deren Verhaftung wir gemeldet, ist eine junge, hübsche brünette Frau, erst seit kurzem mit einem wohl nichts Böses ahnenden Schmiedemeister verheirathet, hatte im kronprinzipalen Hause die gesammelte Wäsche zu besorgen, und wohl hierbei einiges Vermögen, aber auch im Umgang mit dem übrigen Personal eine gewisse Kenntnis der Verhältnisse hochgestellter Personen und eine Gewandtheit in den Verkehrsformen erworben. Diese Vortheile hat Frau Kirszt dazu ausgenutzt, um kleinen Handwerkern und dergl. deren Ersparnisse, in vielen Fällen tausende von Thalern unter dem Vorgeben abzulocken, daß sie Geldgeschäfte für hohe Personen vermittel, welche hohe Binsen zahlten und zur vollen Sicherheit der Darlehne Wechsel, die aber nicht ausgegeben werden durften, als Unterpfand gaben; außerdem wurden den Geschäftleuten Lieferungen, Hostiererantititel und andere Vortheile verippten. Die Binsen, 10 bis 20 Proz. und darüber, wurden von dem Gelde gleich vorweg gegeben. Eine unglaublich große Zahl von Leuten ist darauf hingefallen, und da die Wechsel bisher immer eingelöst wurden und hohe Binsen verdient worden sind, so hatten sich die Kunden bei Frau Kirszt förmlich drängt, um für die "seinen Geldgeschäfte" berücksichtigt und die Ersparnisse mit 20 Proz. los zu werden. Aber auch große Warenposten hat die geniale Dame unter dem Vorwande sie an hohe Personen zu befördern, an sich gebracht und versteckt; man vertraute ihr Alles an im Hinblick auf ihre Hofbeamtheit; denn in Potsdam verleiht so etwas einen unglaublichen Nimbus. Kein Wunder, daß die Dame — die nebenbei stets in der Hofkirche fehlt — à la Spizeler auch sehr gut lebt, nur Equipage fuhr, und sich sogar ihre Agenten hielt, bis der Zusall den Schwund bloß gelegt hat; die potsdamer Polizei hat, — wie man sagt, auf Requisition von Berlin — den Nimbus gestört und Fr. K. eingesperrt. Gleich ihr sollen bereits ein paar ihrer Agenten eingezogen leben. (Trib.)

* Stigmatisirungs-Anstalt. In der „Bresl. Morgenzeit.“ findet sich folgendes Interat: „Erwachsene Mädchen, welche Stigmatisierung oder in der Kunst des Stigmatisirens unterrichtet werden wollen, finden gegen eine billige Vergütung unter Bürderung der strengsten Verschwiegenheit freundliche Aufnahme Kleine Domstraße 20 bei verm. Franziska Schlecker, Hebamme.“ (Wir bemerkten zu dieser Annonce, daß es ein Haus Kl. Domstraße Nr. 20 in Breslau nicht gibt, da die gedachte Straße nur 9 Hausnummern besitzt. Ned. d. Pos. 3.)

* Stettin, 18. Oktober. Die feierliche Enthüllung des Denkmals am Grabe des Dichters Robert Prus hat heute Mittag unter großer Beteiligung verschiedener Vereine und zahlreicher Freunde des Verstorbenen stattgefunden.

* Wien, 17. Oktober. Der deutsche Afrika-Reisende Dr. Nagygal ist, wie der „Österreichischen Korrespondenz“ aus Chartum

gemeldet wird am 19. August d. J. wohlthalten in Eschboden (Korosan) eingetroffen und gedachte sich demnächst nach Chartum zu begeben.

Wöchentlicher Bitterungsbericht.

Der unseres Klima eigenthümliche sogenannte „Nachsommer“, welcher gewöhnlich mit dem Monat September zu Ende geht, hat dies Mal bis in die leicht vergangenen Tage angehalten, und haben wir daher in der verschlossenen Woche (12. bis 18. Oktober) in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz bei vorherrschendem Aquatorialstrom überaus warmes und trockenes Wetter gehabt. Die Aufnahme der Rüben und Kartoffeln, mit welcher man gegenwärtig aller Orten beschäftigt ist, wurde dadurch sehr begünstigt, ebenso die rückläufige Feldarbeit, namentlich in den Gegenden, welche in der vorletzten Woche einige Niederschläge erhalten hatten. Regen ist seitdem fast gar nicht gefallen, doch geben die häufigen Nebel- und Thaubildungen einige Fruchtigkeit. Im Übrigen müssen wir auch dies Mal die Klage über Wassermangel, namentlich in den Flüssen, wiederholen. Die deutschen Ströme stehen so niedrig, daß sie kaum den Namen „Fluß“ verdienen. Das ganze Jahr erinnert mit seiner abnormalen Bitterung lebhaft an die früheren Jahre, 1857 und 1858, in denen gleichfalls anhaltende Dürre herrschte und manche Rothstände mit sich brachte. Das in vorletzten Woche ziemlich unfruchtbare und stürmische Wetter in England ist im Laufe der letzten ruhiger und heiterer geworden. Frankreich hatte zumeist trübe, hier und da regnerische Bitterung, welche jedoch der Herbstbestellung ungleich mehr nützt, als sie der Weinreife nach schaden kann, da letztere größtentheils beendet ist. Ebenso herrschte in Italien trübe und bedeckter Himmel vor; im Süden war die Luft stürmisch bewegt. In Kleinasien und im Orient gab es ziemlich bedeutende Niederschläge. Das Schwarze und Mittelmeer war bei starkem Nordwind ziemlich unruhig. Auch im Norden Europa's, in Nord-Norwegen, Schweden und Norwegen war die Bitterung unfreundlich und ziemlich wechselvoll. A. P.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau.

Hennig-Gesang-Verein.

Montag den 19. October findet nach Beendigung der gewöhnlichen Übungsstunden die statutäre ordentliche Generalversammlung statt.

Der Vorstand.

t. Breslau, 16. Oktober. In Nr. 17 d. Btg. liegt der hiesige Korrespondent darüber, daß man hier genötigt sei, die Kinder nach Budweis oder Klesto in vorige Privatschulen zu schicken. Nicht wissen wir doch, daß Niemand sein Kind zur Ausbildung davon gesetzt, wissen wir doch, daß Niemand dazu gezwungen sei. Denn was man von einer guten, städtischen Elementarschule erwarten kann, leisten unsere Konfessionsschulen vollkommen; zur Vorbereitung für höhere Schulen aber bietet das treffliche Institut des Herrn Pastor Schramm, eines gebürgten Schulmannes, die beste Gelegenheit für Eltern, die nicht über Nacht Wunderdinae erwarten. Wir gestehen zu, daß durch die Simultanschule, die der Korrespondent so sehr wünscht, die gegenseitige Achtung der kirchlichen Parteien begründet und gewahrt, dem friedlichen Zusammenleben der einzelnen Vorschule geleistet und Bürgerinn und vaterländischen Geist mächtig befördert wird. Im Hinblick auf die unheilbaren Wunden, welche kirchliche Trennung, Anfeindung und Beleidigung unterer Vaterland geschlagen, mögen auch wir den konfessionellen Schulen, die schon der Jugend den Geist des Zwielpaltes einspielen, das Wort keineswegs reden; allein dieser edle Zweck heiligt doch nicht das Mittel, den unverdienten Angriff auf unsere Schulen, den wir entschieden zurückweisen müssen.

Hamburg, 17. Oktober. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine ruhig. Weizen auf Termine still, Weizen 126-pfd. pr. Oktober 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. April-Mai 55 Mt. 70 Pf. Weizen pr. Ott. 61. Roggen 1000 Kilo netto 17½ B., 17½ G., pr. November-Dezember 17½ B., 17½ G., pr. April-Mai 52½ B., pr. Oktober-November 51½ B., pr. April-Mai 45 Mt. Rübbel pr. Oktober 17, p. Nov.-Dez. 17½ B., p. April-Mai 56½ Mt. Rübbel 7%. Wetter trübe.

Hamburg, 17. Oktober. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine ruhig. Weizen auf Termine still, Weizen 126-pfd. pr. Oktober 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 185 B., 184 G., pr. April-Mai 55 Mt. 70 Pf. Weizen pr. Ott. 61. Roggen 1000 Kilo netto 17½ B., 17½ G., pr. November-Dezember 17½ B., 17½ G., pr. April-Mai 52½ B., pr. Oktober-November 51½ B., pr. April-Mai 45 Mt. Rübbel pr. Oktober 17, p. Nov.-Dez. 17½ B., 17½ G., pr. April-Mai 56½ Mt. Rübbel 7%. Wetter trübe.

Köln, 17. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter: Bewölkt. Weizen still

